

Unterricht zur Not auf dem Polizeiposten

Mangelnde Planung in der Bildung rächt sich – immer mehr Kinder müssen in Provisorien zur Schule gehen

ERICH ASCHWANDEN

Die Schüler der Obwaldner Gemeinde Kerns hatten am 5. Juli doppelten Grund zur Freude. Anlässlich des Spatenstichs für das Schulhaus Willa gab es für alle ein Gebäck in Form eines Spitzbuben. Vor allem aber lockte die Aussicht, im Herbst 2023 in topmoderne, neue Klassenzimmer einzuziehen. Doch seit Anfang September geht auf der Baustelle nichts mehr. Nur ein paar aus dem Boden ragende Armierungseisen weisen darauf hin, dass hier dereinst die Jugend des 6500 Einwohner zählenden Dorfes unterrichtet werden soll.

Was ist passiert? Die Behörden haben die Notbremse gezogen und das Projekt vorläufig gestoppt. «Der Grund waren Kommunikationsprobleme mit dem Architekten sowie unterschiedliche Vorstellungen zum Projektaufbau und -management», sagt die Kernser Gemeinderätin Daniela Zumstein. Dass in der Schweiz ein laufender Schulhausbau so abrupt sistiert wird, mag ein Extremfall sein. Doch er macht auch auf eine Misere aufmerksam, mit der sich zahlreiche Gemeinden herumschlagen müssen.

Steigende Bedürfnisse

Es sind die negativen Folgen eines Baubooms. Der Haupttreiber sind die steigenden Schülerzahlen. Zwischen 2010/11 und 2020/21 stieg in der Schweiz die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf der obligatorischen Stufe um 6,9 Prozent auf 976 000 Kinder und Jugendliche. Und der Anstieg geht gemäss den Prognosen des Bundesamts für Statistik (BfS) mindestens bis ins Jahr 2031 weiter.

Diese Voraussagen des BfS sind jedoch bereits überholt, da sie die Kinder und Jugendlichen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, nicht enthalten. Die Planungsfirma Eckhaus AG hat für die «NZZ am Sonntag» kürzlich ausgerechnet, dass aufgrund dieser Entwicklung die Gemeinden in der ganzen Schweiz in den nächsten zehn Jahren Schulraum für rund 3000 zusätzliche Klassen erstellen müssen.

Immer mehr und immer hochwertigere Schulräume braucht es, weil neue Lernformen mehr Platz erfordern. Zudem stellen die schul- und familienergänzenden Tagesstrukturen zusätzliche Ansprüche an die räumliche Ausgestaltung und die technische Infrastruktur von Schulanlagen.

Ein Grossteil dieser Entwicklungen war zwar absehbar, doch vielerorts haben die Behörden die Schulraumplanung schlicht verschlafen. So die Stadt Zürich. Erst vor drei Jahren lancierten die zuständigen Stadträte André Odermatt und Filippo Leutenegger eine «Schulraumoffensive». Die jährlichen Investitionskosten sollen künftig 150 Millionen Franken betragen – eine Verdreifachung im Vergleich zu früher. Neben Neubauten und Pavillons werden künftig auch Büro- und Gewerberäume angemietet und für Schulzwecke genutzt.

In Zürich verlief die Schaffung neuer Unterrichtsräume zuletzt erstaunlich reibungslos. So soll eine Schule für sechs Primar- und zwölf Sekundarschulklassen in einem der Stadiontürme auf dem Hardturmareal eingerichtet werden. Doch jetzt tauchen Hindernisse auf. Im Januar hat der Zürcher Gemeinderat dank der Unterstützung der linken und grünen Parteien einen Vorstoss überwiesen, der strengere Lärmschutzmassnahmen für Schulbauten fordert. Die Umnutzung dürfte aufgrund dieser Anforderungen deutlich teurer werden als ursprünglich kalkuliert.

Nicht nur in der Grossstadt, sondern auch in kleineren Städten und auf dem Land werden Schulen zu Zwischenutzern in teilweise ungewöhnlichen Räumlichkeiten. So sind auf den Beginn des neuen Schuljahres in Wil (St. Gallen) zwei Schulklassen in einen ehemaligen Polizeiposten eingezogen. Grosse Umbauten gab es nicht. Es wurden bloss ein paar Wände herausgerissen – und fertig war das neue Schulhaus, wie das «St. Galler Tagblatt» berichtete. In-



Zur steigenden Schülerzahl kommt hinzu, dass neue Lernformen mehr Platz brauchen.

ANNICK RAMP / NZZ

zwischen ist es nicht ungewöhnlich, dass Schüler einen grossen Teil ihrer Schulzeit in mehr oder weniger geeigneten Provisorien verbringen.

Stimmbürger sagen Nein

Doch längerfristig kommen die Behörden nicht darum herum, neuen Schulraum zu schaffen. Für viele, vor allem kleinere Gemeinden bedeutet dies einen finanziellen Kraftakt. Der blosser Hinweis, dass es sich bei den Krediten um eine notwendige «Investition in Bildung» handle, genügt angesichts knapper Kassen nicht mehr, um die Stimmbürger von Schulhausprojekten zu überzeugen.

Diese bittere Erfahrung mussten unter anderem die Gemeinderäte von Buchs (St. Gallen), Geuensee und Escholzmatt-Marbach (beide Luzern), Neuendorf (Solothurn) sowie Erstfeld (Uri) machen. Überall lehnten die Stimmbürger in den letzten beiden Jahren Kredite für neue Schulbauten ab. Häufig war die Angst vor einer Steuererhöhung ausschlaggebend für das Nein. Zurück bleiben Konsternation und eine Planungsruine: Bis zur Realisierung eines neuen Schulhauses dauert es in der Regel sieben Jahre. Zudem müssen die Behörden nun einen Plan B ausarbeiten und sich wieder auf die mühsame Suche nach Provisorien machen.

Doch selbst wenn alle politischen Hürden überwunden sind, heisst das noch lange nicht, dass die Einweihung wie geplant stattfinden kann. Die durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-

Krieg verursachten Lieferschwierigkeiten und Teuerungsschübe machen auch vor Schulbauten nicht halt. So musste der Baustart für die Sanierung eines Schulhauses in der Zuger Gemeinde Menzingen wegen einer massiven Preiserhöhung bei den Rohstoffen um acht Monate verschoben werden. Damit der Baukredit nicht zu stark überschritten wurde, suchten die Behörden nach günstigeren Alternativen, zum Beispiel bei den Baustoffen.

Den Fachkräftemangel spüren die Bildungseinrichtungen nicht nur in Form von fehlendem Lehrpersonal, son-

In den nächsten zehn Jahren müssen die Gemeinden laut einer Studie Schulraum für 3000 zusätzliche Klassen erstellen.

dern auch während der Bauphase. So musste der Bau des Schulhauses Birrwil im Kanton Aargau im März 2021 kurzfristig eingestellt werden, weil ein fähiger Polier fehlte, nachdem sich der ursprünglich eingestellte Fachmann verletzt hatte.

Dazu kommt, dass sich Anbieter aus dem Geschäft mit Schulbauten zurückziehen. So musste sich die Gemeinde

Reinach (Basel-Landschaft) nach einem neuen Generalunternehmer für ihre neue Schulanlage Surbaum umsehen. Dies, nachdem sich das schweizweit tätige Unternehmen Steiner AG Anfang 2021 entscheiden hatte, sich in der Deutschschweiz schrittweise aus dem Total- und Generalunternehmergeschäft zurückzuziehen, wie Mediensprecher Andreas Gurtner erklärt.

Langfristige Planung gefordert

Diese Beispiele machen klar, dass auf die immer gravierender werdenden Probleme mit den fehlenden Schulräumen kurzfristig reagiert wird. Wo man hinschaut, werden Provisorien aus dem Boden gestampft oder wenig durchdachte Neubauprojekte lanciert. In der Stadt Basel hat man nun genug von dieser Pflästerlipolitik. Im Grossen Rat machen Politiker von links bis rechts Druck auf die Regierung.

In einem gemeinsamen Vorstoss fordern die Bildungs- und die Baukommission, dass der Regierungsrat innerhalb von zwei Jahren eine Planung für Schulräume vorlegt. Diese soll garantieren, dass mittel- und langfristig genügend Platz für Unterricht in allen Formen zur Verfügung steht. Ein Ausweichen in temporäre Bauten soll nur bei Um- und Sanierungsarbeiten sowie zeitlich eng befristet zulässig sein.

In Basel will man mit diesem Vorgehen vermeiden, dass es zu einer ähnlichen Situation kommt, wie sie die Verantwortlichen derzeit in der Stadt Baden erleben. Dort muss die vor 14 Monaten eröffnete Schulanlage Burghalde nach dieser kurzen Frist bereits erweitert werden. Es hat sich herausgestellt, dass die für rund tausend Schülerinnen und Schüler und 130 Lehrkräfte geschaffenen Räumlichkeiten nicht ausreichen, wie die «Aargauer Zeitung» berichtet hat. Zum Verhängnis wird der Stadt Baden der lange Planungshorizont. Als die Planung für die neue Schulanlage 2011 gestartet wurde, wurde das Wachstum der Schülerzahlen unterschätzt. Ausserdem wollte man nicht Schulraum auf Vorrat erstellen.

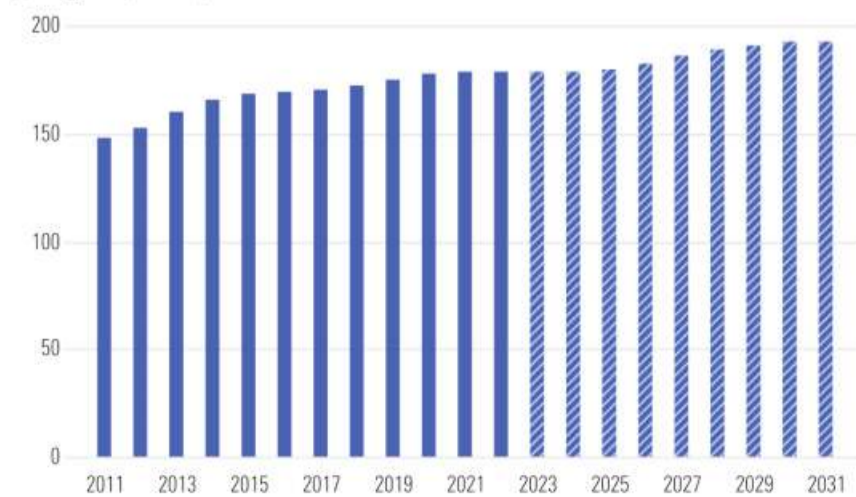
In Kerns im Kanton Obwalden hat man derweil die aktuellen Probleme zu lösen. Wie die Gemeinderätin Diana Zumstein erklärt, kann das gestoppte Schulhausprojekt nicht einfach einem anderen Architekten übertragen werden. «Da es sich um ein Projekt der öffentlichen Hand handelt, müssen wir uns an die Regeln des Submissionsrechts halten», sagt Zumstein. Es wird also noch ein Weilchen dauern, bevor die Kinder das neue Schulhaus beziehen können.

Schülerzahlen steigen bis ins Jahr 2031

Anzahl Lernende auf Primarstufe 1 und 2

(in Tausend)

Prognose (ab 2023)



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

NZZ / ase